

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 24. Oktober 1958

Blatt 2130

E-Werk-Besitzer bei Bürgermeister Jonas

24. Oktober (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute vormittag im Wiener Rathaus im Beisein von Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger die ausländischen Abordnungen der internationalen Organisation der Eigenkraftanlagen betreibenden Industrie, die in Wien eine Tagung ihres Delegiertenrates abhält. Die Delegierten aus allen Staaten Westeuropas wurden durch den Präsidenten des Österreichischen Energie-Konsumentenverbandes Generaldirektor Poppović vorgestellt.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Gäste im Namen der Stadtverwaltung und wünschte ihren Beratungen die besten Erfolge. Wien, sagte er, ist der geeignete Boden für Beratungen, die eine Koordinierung der europäischen Wirtschaft anstreben. Die Stadtverwaltung hat für solche Bemühungen ein volles Verständnis.

Im Namen der Gäste dankte der Präsident der internationalen Organisation Morizot (Paris) für den herzlichen Empfang im Wiener Rathaus.

- - -

Rindernachmarkt vom 23. Oktober

24. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 1 Stier, 16 Kühe, Summe 17. Gesamtauftrieb: 17. Verkauft: 1 Stier, 7 Kühe, Summe 8. Unverkauft: 9 Kühe.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Wiener Landtag

=====

24. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz seines 2. Präsidenten Mühlhauser (ÖVP) trat heute der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Über den einzigen Punkt der Tagesordnung, die Abänderung der Bauordnungsnovelle 1956, referierte Stadtrat Afritsch (SPÖ). In der Bauordnungsnovelle 1956 wurde eine Änderung der Bauklasseneinteilung beschlossen, die mit 1. Jänner 1959 in Kraft treten sollte. Es hat sich nun jedoch gezeigt, daß diese Frist zu kurz bemessen war, weil die Umarbeitung des gesamten Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes viele zeitraubende Erhebungen und eine gründliche Durchberatung erfordert. Dazu kommt noch, daß in der Zwischenzeit ein neuer Stadtplaner für Wien verpflichtet wurde, der zur Erfüllung dieser Aufgabe eine gewisse Zeit zur Verfügung haben muß. Der Referent stellt daher den Antrag auf Verlängerung der Frist für das Wirksamwerden der neuen Bauklasseneinteilung um zwei Jahre, also bis zum 1. Jänner 1961.

Bei der Abstimmung wurde er Antrag einstimmig angenommen.

- - -

Pferdenachmarkt vom 23. Oktober

=====

24. Oktober (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof:
1 Stück aus Ungarn, Preis 6.50 S, 11 Stück aus Bulgarien, Preis
6.50 S.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Dank für den Europa-Preis

24. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zusammen. Bürgermeister Jonas teilte dem Hause mit, daß der Europa-Preis des Europarates für dieses Jahr den beiden Städten Wien und Den Haag zugesprochen wurde. Diese Ehrung Wiens bedeutet eine Anerkennung der geistigen Mittlerrolle unserer Stadt und ihrer aktiven Bereitschaft, am Bau eines vereinten Europa nach Kräften mitzuwirken. Sie bedeutet schließlich auch eine Anerkennung der besonderen menschlichen Hilfsbereitschaft, mit der Wien in den Wochen und Monaten der ungarischen Tragödie den Flüchtlingen beigestanden ist. Unter dem Beifall der SPÖ und der ÖVP dankte Bürgermeister Jonas im Namen der Stadt Wien für die hohe Auszeichnung.

Anfragen und Anträge

Es lagen sechs Anfragen von der VO vor. Ferner hat die VO Anträge folgenden Inhalts eingebracht: "Betreffend direkte Verhandlungen mit den Gemeindebediensteten zwecks Wiedergewährung des 14. Monatsbezuges", "betreffend Sicherung des Fußgängerüberganges an der Kreuzung Wagramer Straße - Steigenteschgasse", "betreffend Verkehrsverbesserungen auf der Straßenbahnlinie 16", "betreffend Zurückweisung des Planes, das Brauhaus der Stadt Wien Privatunternehmern zu verkaufen", "betreffend Ehrung eines verdienten Wiener Volkskünstlers". Die Anträge der ÖVP betreffen: "Die Vermehrung der Fußgängerstreifen an stark frequentierten Übergängen", "Schaffung von Ruhezeiten im Stadtgebiet", "die Wasserversorgung der Bevölkerung des 23. Bezirkes", "Vermehrung von Autoabstellplätzen in Floridsdorf", "die Luft- und Trittschallisolierung der Hochbauten". Alle Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Neue Gemeinderäte

Das GR. Dr. Soswinski (VO), GR. Zink (ÖVP) und GR. Dr. Wollinger (ÖVP) ihre Mandate zurückgelegt haben, wurde als nächstes die Angelobung der neuen Gemeinderäte vollzogen: für die VO

Stefanie Hofmann, für die ÖVP Erna Meinhold und Dominik Wild. Nach der Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer leisteten die neuen Gemeinderäte das Gelöbnis.

Ersatzwahlen

Hierauf wurden einige notwendig gewordene Ersatzwahlen durchgeführt. Zu Mitgliedern der Gemeinderätlichen Personalkommission wurden gewählt: die Gemeinderäte Opravil, Adelpoller, Glinz, Graczoll, Kratky, Mann, Schiller und Traxler (alle SPÖ), Dr. Freytag, Wohlmuth, Skokan und Schmied (alle ÖVP). Als neues Mitglied des Finanzausschusses wurde GR. Haag (ÖVP) gewählt, als neue Mitglieder des Kulturausschusses die GR. Weninger und Schwaiger (beide ÖVF), als neues Mitglied des Ausschusses für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten GR. Wild (ÖVP) und als neues Mitglied des Ausschusses für die Städtischen Unternehmungen GR. Soupper (ÖVP).

Der Rechnungsabschluß 1956

Der Gemeinderat tritt hierauf in die Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt für das Jahr 1956, des Berichtes des Kontrollamtes und des Berichtes des Rechnungshofes ein.

Referent Stadtrat Slavik (SPÖ) betonte einleitend, daß der Rechnungsabschluß für 1956 vom Magistrat fristgerecht im Oktober 1957 fertiggestellt wurde, der Finanzausschuß und der Stadtsenat aber beschlossen haben, die Beratung im Gemeinderat bis zum Einlangen des Überprüfungsberichtes des Rechnungshofes aufzuschieben.

Der Voranschlag 1956 erwartete Einnahmen von 3.466 Millionen und rechnete mit Ausgaben von 3.596 Millionen, veranschlagte somit einen Abgang von 130 Millionen. Tatsächlich schloß die Jahresrechnung 1956 mit Einnahmen von 3.809 Millionen und Ausgaben von 3.835 Millionen nur mit einem Fehlbetrag von 26 Millionen Schilling.

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung bewirkte bei den mit der Produktion zusammenhängenden Steuern und Abgaben Mehreinnahmen von 343 Millionen. Dadurch konnte der größte Teil der im Jahre 1956 angefallenen Mehrausgaben gedeckt werden.

Die Einnahmen haben gegenüber dem Voranschlag eine Steigerung um 9.9 Prozent erfahren. Von den erzielten Einnahmen entfallen 31.1 Prozent auf Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen

Bundesabgaben, 30.5 Prozent auf eigene Steuern und 38.4 Prozent auf Gebühren und sonstige Einnahmen. Die Ertragsanteile stiegen zwar insgesamt um 122,3 Millionen Schilling, die Erträgnisse aus der Einkommensteuer blieben jedoch mit 27 Millionen unter dem veranschlagten Ansatz. Stadtrat Slavik weist in diesem Zusammenhang neuerdings darauf hin, daß vom Parlament beschlossene Steuersenkungen nicht ohne Auswirkungen auf die Haushalte von Ländern und Gemeinden bleiben.

Die Ausgaben haben im Jahre 1956 gegenüber dem Voranschlag eine Erhöhung um 6.7 Prozent erfahren. Der Personalaufwand erforderte 1.230 Millionen Schilling, das ist 32.5 Prozent der Gesamtausgaben, was im Vergleich zu anderen Verwaltungskörpern als günstig bezeichnet werden kann. Dennoch ist die Gemeindeverwaltung bemüht, die Verwaltung weiter zu vereinfachen und auch durch Einstellung von Maschinen sparsamer zu gestalten. Im Laufe des Jahres 1956 hat sich der Personalstand um 206 Bedienstete verringert.

Bei Besprechung der Ausgaben und Einnahmen in den einzelnen Verwaltungsbereichen stellt der Finanzreferent unter anderem fest, daß in den Spitälern die gezahlten Verpflegungskostensätze gegenüber der Steigerung aller Aufwandskosten weit zurückgeblieben sind. Derzeit muß die Gemeinde Wien pro Patient und Tag einen Abgang von fast 80 Schilling tragen.

Für die Beschäftigung des Baugewerbes und der Baunebengewerbe hat die Stadtverwaltung im Berichtsjahr 1.275 Millionen Schilling ausgegeben, das ist ein Drittel der gesamten Ausgaben. Der Stadtrat würdigt die große Bedeutung gerade dieser Ausgabenposten, die mitgeholfen haben, die Voölbesehäftigung in unserer Stadt aufrechtzuerhalten. Leider stiegen die Baukosten im Berichtsjahr wieder durchschnittlich um 8 bis 10 Prozent. Man hat manchmal das Gefühl, sagt der Referent, daß sich hier Spannen eingebürgert haben, die auf die Dauer nicht unbedingt eingehalten werden müßten. Bis jetzt haben sich leider durch den technischen Fortschritt für die Stadt Wien noch keine Baukostensenkungen ergeben. Im Berichtsjahr wurden 5.696 Wohnungen fertiggestellt, an 5.920 Wohnungen wurde weitergearbeitet, und 52 Wohnhausanlagen mit 5.136 Wohnungen wurden neu begonnen. Die etwa 125.000 Wohnungen, die die Stadt Wien verwaltet, geben fast 400.000 Menschen die Möglichkeit, in modernen und schönen Wohnungen zu wohnen. In den Häusern, die die Stadt Wien bis jetzt gebaut hat, könnte die Bevölkerung von Linz und Graz

zusammen Platz finden.

Der Schuldenstand der Gemeinde ist im Berichtsjahr um 36 Millionen auf 500 Millionen gestiegen. Vom Schuldendienst der Hoheitsverwaltung in der Höhe von 27 Millionen Schilling entfielen auf Tilgung 16,7 Millionen und auf Verzinsung 10,3 Millionen Schilling. Rechnungshof- und Kontrollamtsbericht weisen auf die außerordentlich günstige Situation für die Stadt Wien hin. Die Verschuldung ist außerordentlich gering. Durch diese günstige finanzielle Situation war eine der wesentlichsten Voraussetzungen gegeben, um Kreditoperationen in der Zukunft durchführen zu können. Die Gemeinde hat dadurch die Möglichkeit, auch an große Aufgaben heranzutreten. In diesem Zusammenhang sei vor allem dem früheren Stadtrat Resch für seine vorbildliche Arbeit gedankt, die sich für Gegenwart und Zukunft auswirken wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Bericht des Kontrollamtes und des Rechnungshofes über das
Geschäftsjahr 1956

Stadtrat Slavik stellt fest, daß der Bericht des Kontrollamtes eine Zusammenfassung von verschiedenen wesentlicheren Wahrnehmungen beinhaltet, und zwar nicht nur über die einzelnen Zweige der Hoheitsverwaltung sondern auch über die Städtischen Unternehmungen und ihre Betriebe. Schließlich sind auch die Ergebnisse der Prüfung bei den Beteiligungen der Stadt Wien, den sogenannten gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, enthalten. Eine Empfehlung des Kontrollamtes geht dahin, die Frage zu untersuchen, ob nicht auf einzelnen Gebieten der Verwaltung die Automatisierung zweckmäßig wäre. Festgestellt wurde auch, daß das Verhältnis zwischen dem Personalaufwand, den laufenden Sachkosten und den Investitionen im ordentlichen Haushalt keine nennenswerten Verschiebungen erfahren hat und daß die eingetretene weitgehende Stabilisierung auch durch die Regelung der Angestelltenbezüge kaum beeinflußt wurde. Durch Rationalisierungsmaßnahmen und die Verwendung moderner Büromaschinen usw. ergab sich eine Verringerung des Gesamtpersonalstandes um 206 Bedienstete. Von den Gesamtausgaben entfielen im Berichtsjahr 36 Prozent auf den Personalaufwand, rund 27 Prozent auf den laufenden Sachaufwand und rund 47 Prozent auf wertvermehrende Investitionen. Eingehend erörtert das Kontrollamt den Aufwand für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen und betont die

schwere Belastung der Stadt durch die Universitätskliniken. Die Deckung des Abganges der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten allein erforderte mehr als ein Drittel des Ertrages sämtlicher Landes- und Gemeindeabgaben. Die Spitäler allein verursachten Ausgaben von 753,4 Millionen Schilling. Der Kontrollamtsbericht geht so- dann auf die ^{bei} einzelnen Dienststellen festgestellten Mängel ein, betont aber, daß es sich um Einzelercheinungen handelte, wie sie bei der Vielfalt und dem Umfang der Verwaltungsaufgaben sowie der Betriebstätigkeit der Stadt Wien immer wieder zu gewärtigen und kaum auszuschalten sind. Eine weitere Empfehlung des Kontrollam- tes ist eine Untersuchung der Ausnützung der vorhandenen Plätze in den städtischen Kindergärten und Horten. Stadtrat Slavik be- merkt dazu, daß eine Lösung dieser Frage kaum möglich sein wird. Beim Bau eines Kindergartens wisse man, daß der Bedarf gegeben ist, man könne jedoch nicht voraussehen, ob sich die Situation in einigen Jahren ändern werde.

Das Kontrollamt verwies auch auf die zusätzliche Belastung der Fürsorge durch die Zahlung der Ausgleichszulage für Rentner an die Sozialversicherungsträger nach dem ^{neuen} ASVG, die über 10 Mil- lionen Schilling ausmache sowie auf die Erhöhung der Richtsätze der allgemeinen und gehobenen Fürsorge. Stadtrat Slavik stellt hierzu fest, daß sich alle trotz dieser finanziellen Belastung über den sozialen Fortschritt freuen, der die Sicherung des Le- bensabends unserer alten Mitbürger mit sich brachte.

Eingehend befaßte sich der Bericht des Kontrollamtes auch mit der Bauwirtschaftsprüfung. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die "Güteprüfungen" der Arbeiten vor Ablauf der Haftzeit vielfach zur Behebung von Schäden aus unzulänglichen Kontrahentenarbeiten führten. Zahlreiche Anregungen auf dem Bausektor dienen dazu, durch Sicherstellung einer wirtschaftlichen Verwendung der vorhan- denen Mittel finanzielle Schädigungen der Stadt Wien zu vermeiden und zu einer Baukostenminderung beizutragen.

Die Prüfung der Städtischen Unternehmungen wurde vom Kontroll- amt nach den gleichen Grundsätzen vorgenommen wie im Bereiche der Hoheitsverwaltung. Auch hier wurde eine Reihe von Anregungen gege- ben. Nach einer Erörterung der wirtschaftlichen Lage der Stadt- werke wurde Kritik an der gegenwärtigen Organisation und Wirt- schaftlichkeit der Betriebsabrechnung geübt. Das Kontrollamt tritt

für eine grundlegende Regelung des Verdingungswesens im Wege einer Einkaufsordnung ein, die eine erhöhte Wirtschaftlichkeit im Einkauf und eine Arbeitersparung für die vergebenden Stellen mit sich bringen soll.

Das Kontrollamt bemerkte abschließend, daß der Bericht zum überwiegenden Teil Wahrnehmungen enthält, die zu Bemängelungen und Anregungen Anlaß boten. Es betont jedoch, daß daraus keine Schlußfolgerung auf eine ordnungswidrige oder unwirtschaftliche Gesamtgebarung gezogen werden dürfen. Die Gebarung vollzog sich in geordneten Bahnen und Mißbräuche nennenswerten Umfanges innerhalb der Stadtverwaltung waren nicht erkennbar. Es waren überdies alle Stellen bestrebt, mit dem Kontrollamt zusammenzuarbeiten und vorgefundene Organisationsmängel abzustellen. Die Dienststellen brachten auch den Anregungen organisatorischer wie wirtschaftlicher Natur verständnisvolle Beachtung entgegen.

Stadtrat Slavik kommt sodann auf den Bericht des Rechnungshofes zu sprechen. Der Rechnungshof stellt fest, daß ein Überblick über den Haushalt der Bundeshauptstadt Wien zu dem Schluß führt, daß Wien die durch eine anhaltende Wirtschaftskonjunktur zur Verfügung stehenden ausgiebigen Mittel nicht nur zur Erfüllung der gegenwärtigen Aufgaben genutzt, sondern vorsorglich relativ hohe Beträge zur Befriedigung künftiger Gemeinschaftsbedürfnisse gewidmet hat. Ein außerordentlich großer Teil dieser Mittel wurde zielbewußt in die produktive Wirtschaft geleitet und kam dadurch wieder in hohem Maße der Dienstnehmerschaft zugute. Im ausreichenden Maße wurden auch Mittel zur Wohlfahrt derer eingesetzt, die der öffentlichen Hilfe bedürfen. Der Rechnungshof hat schließlich auch zu verschiedenen Organisationsmaßnahmen in der Haushaltsführung und Buchhaltung Stellung genommen und festgestellt, daß die Bundeshauptstadt durch diese Maßnahmen den übrigen Gebietskörperschaften Anregungen für die Neugestaltung ihres Haushalts- und Rechnungswesens gebe. Eine Reihe von Bemerkungen des Rechnungshofes über die einzelnen Geschäftsgruppen der Hoheitsverwaltung sind in dem Bericht auch enthalten. Stadtrat Slavik verweist darauf, daß der Bericht gedruckt aufliegt. Es kann jeder Wiener in die Unterlagen Einsicht nehmen, man solle jedoch versuchen, die Dinge objektiv zu betrachten. Abschließend stellt Stadtrat Slavik fest, daß wir stolz darauf sein können, daß das Kontrollamt

der Stadt Wien und der Rechnungshof einheitlich zu einer positiven Beurteilung der Tätigkeit der Stadtverwaltung gekommen sind. Der Referent stellt sodann folgende Anträge:

1. Zur Deckung der gelegentlich des Abschlusses sich ergebenden Überschreitungen bis zu 10 Prozent eines Ausgabeansatzes, höchstens aber 5.000 Schilling, werden Ergänzungskredite im Gesamtbetrage von 120.874.14 Schilling genehmigt.

2. Der auf Grund des Abschlusses sich ergebende Abgang der ordentlichen Gebarung im Betrage von 3,682.761.41 Schilling ist der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen und hiefür die Einnahmerubrik 221.60, Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage, zu eröffnen.

3. Der auf Grund des Abschlusses sich ergebende Abgang der außerordentlichen Gebarung im Betrage von 22,455.901.41 Schilling ist ebenfalls der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen, wofür die Einnahmerubrik 221.70, Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage, eröffnet wird.

4. Soweit die im Laufe des Rechnungsjahres beantragten und genehmigten Verweisungen von Überschreitungen auf bestimmte Mehreinnahmen, bzw. Minderausgaben diese Deckung nicht gefunden haben, werden sie auf die Allgemeine Rücklage verwiesen.

5. Die sonach mit einer Einnahmen- und Ausgabesumme von je 3.785.148.848.92 Schilling schließende ordentliche Rechnung und die mit einer Einnahmen- und Ausgabesumme von je 50,286.367.83 Schilling schließende außerordentliche Rechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1956 werden genehmigt.

Zur Erledigung des Inventars wird beantragt: Der Gemeinderat stellt das dem Rechnungsabschluß 1956 beigeschlossene Inventar vom 31. Dezember 1956 auf.

Zum Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien stellt Stadtrat Slavik den Antrag: Der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1956 wird zur Kenntnis genommen.

Zum Bericht des Rechnungshofes stellt der Referent folgenden Antrag: Der Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Bundeshauptstadt Wien in den Jahren 1955 und 1956 und die Äußerung des Wiener Stadtsenates hiezu werden zur Kenntnis genommen.

In der darauffolgenden Debatte verweist GR. Lauscher (VO) auf die Beanstandungen des Kontrollamtes vor allem auf dem Bau-

sektor. Er kommt in diesem Zusammenhang auch auf den Wohnhausbau der Gemeinde Wien zu sprechen und stellt fest, daß die Zahl der jährlich gebauten Wohnungen ständig im Sinken sei. Der soziale Wohnungsbau müsse im verstärkten Maße weitergeführt werden.

Bei den Kindergärten wurde der Mangel an Kleinkinderkrippen festgestellt, ein Umstand, auf den seine Fraktion immer wieder aufmerksam gemacht hat. In den Krankenanstalten herrscht noch immer fühlbarer Bettenmangel. Umso unverständlicher ist es, daß gerade in der Zeit der Grippeepidemie 1957 insgesamt 333 Betten wegen angeblich unaufschiebbarer Bauarbeiten ausgefallen sind.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Erziehungsheim Klosterneuburg, wo der Unterricht der Zöglinge in den Aufenthaltsräumen abgehalten wird. Diese Beanstandung hat der Stadtsenat mit dem Hinweis beantwortet, daß der Neubau eines Schulgebäudes zu hohe Kosten verursachen würde. Dies sei eine unmögliche Antwort. Auch die Verköstigung der Kinder wurde als unzulänglich bezeichnet und daraufhin inzwischen die Kopfquote um einen Schilling erhöht. Er schäme sich jedoch als Gemeinderat, so sagte der Redner, daß es erst der Mahnung des Rechnungshofes bedurfte, um den Kindern das Essen in diesem bescheidenen Umfang zu verbessern. Falsche Sparsamkeit sei auch bei den Berufsschulen festzustellen. Die Lehrwerkstätten leiden unter unzulänglicher maschineller Ausrüstung. Auf der anderen Seite werden jedoch Millionen unnötig hinausgeworfen. So wurden in den Friedhofsgärten Pflanzen gezogen, aber nicht für die Ausschmückung der Gräber verwendet. Dafür hat man um 400.000 Schilling Pflanzen für Gräberausschmückung gekauft. Das Beschaffungsamt wiederum erzielt hohe Verkaufsgewinne auf Kosten anderer Verwaltungsgruppen der Gemeinde.

Beim Brauhaus wurde eine günstige Entwicklung festgestellt, aber ausgerechnet dieses Unternehmen will man an Private verschachern. Der Redner betont, daß dies seine Fraktion nicht zulassen werde.

Die Mittel, die den Wasserwerken in den letzten drei Jahrzehnten zur Verfügung standen, waren völlig unzureichend. Der Nachholbedarf beträgt 500 bis 600 Millionen Schilling. Der Bau einer dritten Hochquellenleitung wird unbedingt notwendig sein.

Die Finanzpolitik unserer Stadt gehe leider einen falschen Weg. Im Interesse der Stadt und der arbeitenden Bevölkerung wäre

es notwendig, großzügig an die Lösung der dringenden Probleme heranzugehen, wie Verstärkung der Wohnbautätigkeit, Behebung der Verkehrsmisere, Ausbau des Gesundheitswesens usw. Wien könnte die notwendigen finanziellen Mittel haben, wenn der Bund unserer Hauptstadt das gäbe, was ihr gebührt. Die Aufrechterhaltung des Bundespräzipiums sei nicht mehr zu rechtfertigen. Vor unserer Finanzpolitik stehen große und ernste Aufgaben, sagte der Redner abschließend. Solange jedoch in dieser Finanzpolitik der Stadtverwaltung keine Änderung eintritt, kann sie nicht mit der Zustimmung seiner Fraktion rechnen. Den Bericht des Rechnungshofes und den des Kontrollamtes nehme die VO zur Kenntnis.

GR. Jodlbauer (SPÖ) führt aus, daß der Rechnungsabschluß 1956 mit den Berichten des Kontrollamtes und des Rechnungshofes zweifellos eine große und stolze Bilanz der Stadtverwaltung darstelle. Die 3.8 Milliarden Schilling aus der Steuerkraft der Wiener Bevölkerung wurden wirklich so eingesetzt, daß man sagen kann, die Verwaltung und die politische Führung haben ihre Aufgabe erfüllt. Natürlich kann man verschiedene Meinungen vertreten und je nach politischer Einstellung zu dem Rechnungsabschluß Stellung nehmen. Eines sei jedoch sicher, daß Rechnungsabschluß und Berichte Zeugnis einer vollendeten Demokratie sind. Die Stadtverwaltung legt der Öffentlichkeit den Rechnungsabschluß vor, und die Wiener Bevölkerung hat durch das Kontrollamt die Gewähr der ständigen Kontrolle, während der Rechnungshof darüber wacht, daß der größtmögliche Effekt mit den Steuergeldern der Wiener erzielt wird.

GR. Jodlbauer hebt besonders hervor, daß von den 2.5 Milliarden Schilling, die die Gemeinde Wien durch Steuern eingehoben hat, vier Fünftel davon wieder der Wirtschaft zugeführt wurden. Diese zwei Milliarden stellen einen Motor der gesamten Wiener Wirtschaft dar. (Beifall bei der SPÖ.) Die Wiener Steuerzahler können jedenfalls der Finanzpolitik der Stadtverwaltung vollstes Vertrauen entgegenbringen.

Wenn die Gewerbesteuer zu Beschwerden Anlaß gibt, dann nicht deshalb, weil sie als solche etwa unerträglich wäre, sondern weil ihre Konstruktion mit der Entwicklung der Konjunktur und Valorisierung des Geldwertes nicht Schritt gehalten hat. Es bedarf einer Gewerbesteuerreform zugunsten der kleinsten Gewerbetreibenden, denn es ist ein absolutes Unrecht, wenn jemand, der auf Grund seines

niedrigen Einkommens von der Einkommensteuer befreit ist, auf der anderen Seite Gewerbesteuer zahlen muß. Der durch eine Erleichterung in den unteren Gruppen eintretende Ausfall könnte durch ganz geringfügige Aufschläge bei der Gewerbesteuer in den oberen Gruppen hereingebracht werden.

Erfreulicherweise ist die Verwaltung der Stadt Wien fast schuldenfrei. Wenn wir nunmehr Anleihen für verschiedene langfristige Investitionen aufnehmen wollen, so können wir auf die große Kreditwürdigkeit Wiens hinweisen. Die 1.2 Milliarden Schilling, die im Berichtsjahr an das Baugewerbe und Bauneben-gewerbe geflossen sind, sind ein Stück des Lebensmotors unserer Stadt. Wenn das Baugewerbe und der Bauarbeiter verdient, dann lebt die ganze Stadt. Solange der Bauarbeiter beschäftigt ist werden die Bürger dieser Stadt ihre gesicherte Existenz haben. Wir wollen darum hoffen, daß die Investitionspolitik dieser Stadt auch in Zukunft so reichhaltig sein wird.

Der Rechnungsabschluß 1956 ist wieder ein Beweis für die Richtigkeit der Finanz- und Wirtschaftspolitik dieser Stadt. Die Wiener können mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Führung zufrieden sein. Der Mann, der für das Budget und den Rechnungsabschluß 1956 verantwortlich war, ist unser bester Mann gewesen, den wir der Finanzverwaltung dieser Stadt zur Verfügung gestellt haben. Wir haben gerade durch Stadtrat Resch alle Voraussetzungen geschaffen, um eine ausgeglichene und gute Wirtschaftslage in Wien zu haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Slavik kommt in seinem Schlußwort darauf zu sprechen, daß manchmal bereits fertiggestellte Straßen wieder aufgerissen werden müssen und stellt dazu fest, daß zwar etwaige Fehler in der Planung aufgezeigt und abgestellt werden sollen, daß aber in den meisten Fällen ganz andere Ursachen vorliegen. Durch die Verwendung schwerer Maschinen bei den Abschlußarbeiten treten oft erst nach Fertigstellung Schäden an den Rohrleitungen auf.

Auch die Gemeindeverwaltung würde es sehr begrüßen, wenn die Neubauten schneller fertiggestellt werden könnten. Der Rohbau geht ziemlich rasch voran, aber bei den Innenarbeiten beginnen die Schwierigkeiten. Es fehlen vielfach Bauschlosser, Installateure, Anstreicher usw.

Was die Rücklagen anlangt, so betragen diese nach dem Rechnungsabschluß 1957 nur mehr 634 Millionen Schilling. Die Rücklage ist insbesondere für das vorgesehene Kredit- und Investitionsprogramm wichtig. Kredite bekommt man nur dann zu Bedingungen, die nicht für die Bevölkerung erdrückend sind, wenn man wirtschaftlich stark ist. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für solche Kreditoperationen ist die Rücklage, die wir daher möglichst hoch aufrechterhalten sollten. Die Finanzpolitik der Stadt Wien steht vor großen Aufgaben, zu deren Lösung die gute Finanzpolitik der Vergangenheit die Voraussetzung ist.

Der Anregung des Gemeinderates Jodlbauer, die untere Freigrenze bei der Gewerbesteuer zu erhöhen, könnte man aus fiskalischen Gründen dann zustimmen, wenn der Ausfall tatsächlich bei den höheren Steuergruppen wieder hereingebracht werden kann.

Abschließend dankte der Stadtrat den Bemühungen des Rechnungshofes, dem Kontrollamt und insbesondere Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs, allen Angestellten der Finanzverwaltung und allen Arbeitern und Angestellten der Stadt Wien, die durch ihre Arbeit dieses gute Ergebnis erzielt haben. (Beifall)

Bei der Abstimmung werden die Anträge zum Rechnungsabschluß sowie zu den Berichten des Rechnungshofes und des Kontrollamtes einstimmig angenommen.

Weitere Subventionen

Stadtrat Slavik unterbreitet hierauf dem Gemeinderat die 5. Subventionsliste 1958 zur Genehmigung. Danach sollen folgende Vereinigungen und Einrichtungen Subventionen bzw. Förderungsbeiträge im Gesamtbetrag von 425.700 Schilling gewährt werden: Dem Histologisch-Embryologischen Institut der Universität Wien 10.000 Schilling, dem Österreichischen Komitee für Sozialarbeit 40.000 Schilling, dem Verband der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine 25.000 Schilling und der Wiener Landwirtschaftskammer 350.700 Schilling.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) hebt hervor, daß in der Subventionsliste erstmals ein Betrag für die Wiener Landwirtschaft aufscheint, nachdem Wien eine eigene Landwirtschaftskammer bekommen hat. Im Hinblick auf die kommende Freihandelszone und den Gemeinsamen Markt besteht gerade für die Wiener Landwirtschaft ein großer Nachholbedarf, besonders auf dem Gebiet des Gartenbaues und des Weinbaues. Dabei sollen in erster Linie Klein- und Kleinstbetriebe eine Förderung erfahren. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die Wiener Landwirtschaft so auszurüsten, daß sie den Erfordernissen des Gemeinsamen Marktes gerecht werden kann. Diese Arbeit geschieht leider nicht im gegenseitigen Einvernehmen der Fraktionen der Wiener Landwirtschaftskammer.

Der Redner urgiert die Schaffung eines Gesetzes, das der Spekulation mit landwirtschaftlichem Grund Einhalt gebietet, verlangt eine baldige Lösung der Frage, wo der Wiener Großmarkt errichtet werden soll, und gibt abschließend der Hoffnung Ausdruck, daß im kommenden Jahr die Unterstützung der Landwirtschaftskammer durch die Stadt Wien noch nachhaltiger sein werde. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Subventionsliste wird einstimmig genehmigt.

GR. Resch (SPÖ) beantragte sodann, für die Durchführung der SW-Möbelaktion einen neuerlichen Betrag, und zwar in Höhe von 5 Millionen Schilling zu bewilligen. Der Wiener Gemeinderat hat bisher für die Durchführung dieser Aktion 15 Millionen Schilling bereitgestellt. Ein gleich hoher Betrag wurde vom Österreichischen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln wurden nicht nur den Konsumenten Kredite gewährt, sondern auch die Erzeugung derartiger Möbel finanziert. Die Aktion hat großen Anklang gefunden. Der ständig steigende Umsatz wird heuer die Hundertmillionen-Grenze erreichen. Da die zur Verfügung gestellten Mittel völlig ausgeschöpft sind, ist die Wirtschaftsführung des Vereines an die Gemeindeverwaltung mit dem Ersuchen um Gewährung eines weiteren Betrages unter den gleichen Bedingungen herangetreten. Der Gewerkschaftsbund hat sich bereit erklärt, einen gleich hohen Betrag flüssig zu machen. Im Hinblick auf die Bedeutung der Aktion in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht beantragt der Referent, einen Betrag von 5 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) kommt auf das Entstehen der Aktion zu sprechen, deren Ziel es war, eine richtige soziale Wohnkultur in Form und Preis zu schaffen, die eine entsprechende Verbreitung in der Bevölkerung finden sollte. Ein wesentliches Ziel war es, das Schaffen der österreichischen Möbelwirtschaft nach den langen Kriegsjahren auf einen Stand zu bringen, der mit dem Ausland konkurrieren kann. In diesem Zusammenhang müsse immer wieder die Forderung erhoben werden, alle Betriebe, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, an der Aktion teilnehmen zu lassen und ihnen gleichfalls zinsfreie Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Wirtschaft müsse sich heute bereits auf die Freihandelszone und den kommenden Europamarkt vorbereiten. Die Bedingungen der Teilnahme an der Aktion müßten klar herausgestellt werden. Auch müßte man jährlich Ausschreibungen durchführen und den Teilnehmern die Möglichkeit geben, an der Aktion teilzunehmen. Eine Erweiterung der Aktion würde ja schließlich auch den Käufern zugute kommen. Der Redner stellt fest, daß Stadtrat Slavik ihm bereits zugesagt habe, über die Möglichkeit der Erweiterung der Aktion zu verhandeln. Seine Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.

GR. Maria Jacobi (SPÖ) stellt zu den Ausführungen ihres Vordredners fest, daß jeder Erzeuger, der mit einem Vorschlag kommt, eingeladen wird, ein Offert zu erstellen. Eine Schwierigkeit in der Ausdehnung der Aktion sehe sie darin, daß dann die Kredite, die die einzelnen Firmen bekommen, wesentlich geringer sein müßten. Außerdem sei die Verwaltung des Geldes, wenn die Kredite auf einen kleineren Erzeugerkreis beschränkt sind, auch eine bedeutend wirtschaftlichere. Sie verweist auch darauf, daß das Steigen des Absatzes der SW-Möbel das beste Zeichen dafür sei, wie sehr die Möbel bei der Bevölkerung Anklang finden. Interessant ist auch, daß nur ein Viertel der Käuferschaft Kredite in Anspruch nimmt. Alles andere wird bar verkauft. Wenn man auf die Arbeit der vergangenen Jahre auf dem Gebiete der SW-Möbelaktion zurückblicke, müsse man sagen, daß die Gemeinde Wien ihr Geld in eine gute Sache gesteckt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Vor der Zusammensetzung einer Stadtplanungskommission

Der Wiener Gemeinderat hat auf Antrag von Stadtrat Heller den Stadtsenat ermächtigt, die Grundsätze für die Errichtung und Zusammensetzung einer Stadtplanungskommission festzusetzen.

- - -

Übersiedlung der Buchhaltungsabteilung VIc
=====

24. Oktober (RK) Die Buchhaltungsabteilung VIc (Straßen-, Brücken-, Wasserbau und Hafenverwaltung) übersiedelt von 5, Vogelsanggasse 36, nach 3, Eslarngasse 23. Aus diesem Grund muß am 27., 28. und 29. Oktober, also von Montag bis Mittwoch der nächsten Woche, der Parteienverkehr entfallen.

- - -